

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 1 (1933-1934)
Heft: 9

Artikel: Politik in Broschüren
Autor: Welti, H.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-758418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sache bewußt ist, daß der Völkerbund an Stelle des von Großbritannien bis jetzt hochgehaltenen Gleichgewichts ein neues Prinzip setzen will, gibt es immerhin einige Führer, die es wissen und die sich dafür einsetzen. Ist es zuviel zu hoffen, daß es England im Verein mit Frankreich und den andern Demokratien im Völkerbund gelingen wird, jenen fundamental völkerbundfeindlichen Systemen die Spitzen abzuschleifen, so daß deren Machthaber in der ihnen aufgezwungenen Beschränkung auf die inneren Angelegenheiten am Ende nicht anders können als ihre Völker, wenn auch langsam, wieder zur Wertschätzung der Güter zurückzuführen, die die Freiheit gewährt, jene Freiheit, die Baldwin in seiner Rede vor den Konservativen in Birmingham im Sinne hatte?

Politik in Broschüren

von H. F. Welti

Wir befinden uns offenbar in einer apokalyptischen Zeit: Propheten aller Lager stehen auf und predigen den Untergang des Bestehenden. In Reden und Schriften ergießt sich ein Strom der Meinungen über das Land. Man muß schon hundert Jahre zurückgehen, um ähnliche Erscheinungen feststellen zu können.

Politik ist das Wort der Stunde, ohne daß Politik damit auch schon die Leistung des Tages wäre. Alles Geschehen ist von innen heraus politisiert, und selbst Religion und Kunst entgehen diesen neuartigen Formen der Nivellierung nicht. Das gesprochene Wort wird ergänzt durch das geschriebene, und wer glaubt durch Vermeidung öffentlicher Versammlungen seinem Schicksal zu entgehen, wird als Mensch unserer Zeit dem «optischen Andrang» verfallen müssen. Dem Leser dieser Zeitschrift wollen wir einen Teil der Arbeit abnehmen, indem wir den Versuch wagen, auf einem Gang durch die politischen Broschüren das anzukreuzen, was zu den wirklichen Vorgängen in unserem Staatsleben eine Beziehung unterhält, was helfen könnte politische Wegweiserdienste zu tun. — Aber schon der Wegweiser in seiner üblichen Fächerform ist ein umstrittenes Instrument. Die einen würden lieber eine Wetterfahne in Kopfhöhe angebracht sehen, damit das umständliche Suchen nach dem im

Augenblick richtigen Weg unterbleiben könnte; andere sehen stramm links, wieder andere rechts, und dabei tönt aus der Masse der auf Führung Wartenden der Ruf nach der schweizerischen Richtung. Die Antwort, die ein als besonderer Späher sich Vorkommender geben zu müssen vermeint — Spektator nennt er sich — heißt: «Weder links noch rechts, sondern in der Mitte.»

Glücklicherweise hat das Schicksal der Schweiz eine Zielgebung vorbehalten, die sich nicht nach den Gesetzen und Gewohnheiten der Ebenen und sanften Hügel orientiert, sondern die sich aus der felsigen Natur eines Berglandes ergibt. Der im Boden der Straße verankerte Wegweiser gehört in Vororte und Dörfer, ins Gebirge paßt nur der wegweisende Mensch und wenn er sich als ein landeskundiger Wegweiser bewährt hat, dann wird er der Führer des Wanderers zum Gipfel.

*

Außerhalb der Reihe — nicht, weil wir die Einordnung versäumt hätten, sondern weil die Einpassung in eine immerhin willkürliche Folge sich verbietet — steht ein Aufsatz von Prof. Fleiner: «Tradition, Dogma, Entwicklung als aufbauende Kräfte der schweizerischen Demokratie» (Orell Füßli Zürich). Die Arbeit des Altmeisters der Darstellung staatswissenschaftlicher Probleme unterscheidet sich in drei Punkten von allem, was zur Zeit aus der Druckerpresse hervorgegangen ist: Durch die Sprache, durch das Wissen um die Dinge und durch die überlegene Ruhe, die aus jeder Zeile atmet. — Lesen, Blättern und wieder Lesen waren freudige Betätigungen eines, der der Unklarheit und Formlosigkeit satt war.

«Das wissenschaftliche Interesse der ausländischen juristischen Literatur gehört heute dem Parlamentarismus und seinem modernen Gegenspieler, der Autokratie. Zu beiden bildet, staatsrechtlich gesprochen, die reine Demokratie der Schweiz das direkte Gegenstück», so eröffnet einer die Diskussion, dem Tatsachen die Grundlage der Wissenschaft und der Politik sind; in Verbindung mit dem Zitat Jacob Burckhardts «der kleine Staat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die größtmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger im vollen Sinne sind», erkennen wir die Linie, in der maßgebliche Vertreter schweizerischer politischer Erkenntnis ihren mathematischen Ort im politischen Raum bestimmt zu wissen wünschen.

Aus der «Tradition» läßt Fleiner den Weg der Entwicklung über das Dogma gehen, bei dem er «Züge von Beiden» feststellt. Souverän ersteht aus den Händen des Kirchenrechtlers das staatspolitische Wesen «Dogma» aber nicht verwurzelt in einer staatlich-kirchenrechtlichen Konstruktion, sondern im «Evangelium der Volkssouveränität, Rousseaus contrat social, dessen Anspruch eine alte, absolute Wahrheit zu verkünden, lautet: l'homme est né libre et partout il est dans les fers.» «Auch der moderne Staat besitzt seine Dogmen», fährt Fleiner unter Bezugnahme auf die Ansprüche des Katholizismus fort. «Sie sind in den einfachen Vorstellungen enthalten über die letzten unverrückbaren Grundlagen der konkreten staatlichen Ordnung.» — Über dem Tagesstreit stehend, ein wirklicher Wegweiser in eine schweizerische Gedankenwelt heißt es hier:

«Unabhängig von jeder äußern Autorität ergreifen solche Ideen ein Volk. Ob sie dem Haupt eines Staats-Philosophen oder einer unreflektierten Übung der Volksgenossen selbst entsprungen sind, ist gleichgültig.»

Für Fleiner, der gerne die Hand an den Puls der Zeit legt, ist es selbstverständlich, daß «politische Dogmen von Haus aus polemischer Natur» sind, und er fordert, «von politischen Dogmen darf nur gesprochen werden dort, wo eine allmächtige Idee sich anzeigt, der staatlichen Organisation einen neuen Charakter aufzudrücken und das staatliche Leben mit einem neuen Geist zu erfüllen.»

«Drei politische Dogmen haben auf die Entwicklung der Demokratie in der Schweiz einen entscheidenden Einfluß ausgeübt: Volkssouveränität, Rechtsgleichheit, individuelle Freiheit... Die neuen Lehren haben — den Staat nicht umgestürzt wie in Frankreich — bei uns lediglich dazu gedient, vorhandenen schlummernden Anschauungen des Volkslebens ans Licht zu verhelfen... Die Volkssouveränität gehört zur Wirklichkeit und nicht zur Ideologie der schweizerischen Demokratie. Nicht anders verhält es sich mit der Rechtsgleichheit. Sie steht in einem inneren Zusammenhang mit der Volkssouveränität. Ihr politischer Ausdruck ist das Stimmrecht... Einzig aus den erwähnten Ideen heraus läßt sich der Satz rechtfertigen, daß die Mehrheit König ist... Das Majoritätsprinzip empfängt seine Rechtfertigung nur dann, wenn man es als eine positive Ausstrahlung der Freiheit und Gleichheit betrachtet... weil es der Minderheit die Möglichkeit eröffnet, bei jeder neuen Entscheidung die Mehrheit zu erringen. Auf diesem Wechsel der Mehrheit von Fall zu Fall, dem «Rotations-System», beruht in der Schweiz die reine Demokratie... Das Majoritäts-System hat sich herausgebildet aus der Überwindung der Einstimmigkeit.»

Zum letzten politischen Dogma sagt Fleiner:

«Wie die Volkssouveränität in der Schweiz die Rechtsgleichheit mit einem positiven staatlichen Gehalt erfüllt hat, so hat sie auch den individuellen Freiheitsrechten eine Richtung auf den Staat gegeben... In volles Licht wird dieser staatliche Charakter der Freiheitsrechte durch die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 gerückt: Petitionsfreiheit, Pressefreiheit, Vereinsfreiheit, sind in erster Linie als Mittel zur politischen Betätigung der Bürger gewährleistet und die

Lösung, die die Bundesverfassung (Artikel 49—54) dem konfessionellen Problem hat angedeihen lassen, ist nur im Hinblick auf den großen Einfluß zu erklären, der dem religiösen Moment in der Geschichte und dem öffentlichen Leben der Schweiz zukommt.»

Der «Entwicklung» ist, wie der Verfasser aufzeigt, in der schweizerischen Demokratie durch die Möglichkeit der Verfassungsänderung der Weg freigegeben: «Jede Erschwerung einer Verfassungsrevision ist mit der Gefahr erkauft, daß eine niedergehaltene Volksmehrheit ihren Willen mit Gewalt durchsetzt.»

Zum Schluß stellt der Kenner des staatlichen Lebens in wahrhaft moderner Erfassung des Problems fest, daß besonders die Schweiz sich einer organischen Fortbildung ihres staatlichen Eigenlebens rühmen kann.

«Das Unreflektierte verflucht sich in unserer Verfassungsentwicklung mit der bewußten Rechtsschöpfung... So weicht der schweizerische Staat in so Vielem von den herrschenden wissenschaftlichen Lehren über die Demokratie ab.»

Gerade dieser Satz kann nicht genug beachtet werden, denn

«die reine Demokratie entspricht einem hauptsächlich nach innen gerichteten staatlichen Leben. Weil aber ihre stark genossenschaftliche Form ununterbrochen den Gemeinsinn anfeuert, schafft sie auch nach außen die Grundlage für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz.»

Man hat sich angewöhnt, ernsten Worten den Stempel der Mahnung aufzudrücken. Die Ausführungen des Rektors der Zürcher Universität wollen nicht mahnen — sie wollen den Leser zur Besinnung zwingen.

*

Der Kreis derer, die der Fleinerschen Beweisführung zustimmend folgen, ist nicht annähernd so groß wie der, dem es um Augenblicksantworten auf Tagesfragen geht. — Während J o h. O e s c h in seinem «Schweizer Volk, wach auf» die Volksgemeinschaft von Schlemmern und übersteigerten (sic) Genießern» reinigen will, fordert uns C a r l C o n r a d W i l d aus St. Gallen im Heft 1 seiner politisch-philosophischen Fragmente vom «neuen Geist» zu einem «Fest des Lebens» auf.

Nach Anhören der Erklärung, daß «Originalität Notstand» sei, wollen wir ihn mit seinen Erkenntnissen, die er «zur Beruhigung und freudigen Anregung» veröffentlicht haben will, allein lassen.

*

Die Ähnlichkeit der Inhaltsverzeichnisse der meisten politischen Broschüren zeigt eine immer mehr zu einem **Z w a n g s r a h m e n** werdende Geisteshaltung heutiger Programmatiker. Hitler, Sozialismus, Demokratie sind der Hintergrund für Manifestationen verschiedenen Reifegrades. Die im Polygraphischen Verlag Zürich erschienene Betrachtung von **S p e k t a t o r**: «**L i n k s o d e r r e c h t s**, zur Analyse der politischen Verhältnisse in der Schweiz» enthält im Kapitel «**Hitler-Problem**» eine auf besonderer Kenntnis der frühern österreichischen Verhältnisse beruhende Darstellung der **Österreich-Deutschland-Situation**. Wenn **Spektator** auf «**erkenntnis-theoretische**» oder besser logizistische Spielereien verzichten würde, wären gewiß alle kundigen Leser dankbar. Auch Axiome müssen wohl aufgestellt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß folgende Sätze entstehen:

«Die Gleichheits-Auffassung der Demokratie macht die Existenz der Illusion im Gesellschaftsleben unmöglich. Die Demokratie ist und bleibt eine illusionsfreie Wirklichkeit;» oder «jeder Mensch trägt ein Wertsystem in seiner Brust, ohne das unser Leben gar nicht möglich wäre. — Unter Schweizertum ist die politisch-sittlich-geistig-psychische Unabhängigkeit des Schweizervolkes zu verstehen . . .»

Dies sind verbale Definitionen, durch die sich **Spektator** der umständlichen Aufgabe entzieht, aus Worten ins Wesentliche vorzudringen, und auch die häufige Herbeiholung großer Namen aus Philosophie und Geschichte hilft über die Armut des Gehaltes nicht hinweg. Über dem Heftchen waltet eine gewisse Frontenangst, aus der offenbar der Satz geboren ist: «Jede leiseste geistige Anlehnung an einen der Nachbarstaaten ist zu vermeiden; denn es kann eine Gefahr im eigenen Hause entstehen.» — Um aus dem Dilemma links oder rechts herauszukommen, sich der «**Mitte**» zu verschreiben, ist unter Berücksichtigung der neuesten politischen Geschichte Europas eine unglückliche Lösung.

*

Ein Mann, der mit der «**Mitte**» aufräumt, da er sie als Hindernis der «**Ordnung im Staat**» (Verlag A. Francke A. G. Bern) hält, ist Oberstdivisionär z. D. **S o n d e r e g g e r**. Gefürchtet, verehrt, abgelehnt, schreitet er durch das Land, redend und schreibend vertritt er seine Auffassung. Tausende kennen ihn, und seine Broschüre gilt Vielen als Vademecum im politischen Leben.

«Ich habe meiner Lebtag keiner politischen Partei angehört und folgte dabei einem Instinkt, dem heute noch der größte Teil des Appenzellervolkes gehorcht. Die Parteien spielen im Appenzellerland eine sehr kleine Rolle.»

Damit stellt Sonderegger sich mit einer bodenständigen «Rechtfertigung» als Außenseiter vor. Die Einteilung seiner Schrift zeigt ihn nach seinen zwei Leistungsflächen, indem er in zwei Kapiteln I. «Der militärische Ordnungsdienst», II. «Ordnung und Neuordnung», zu den Fragen der Ordnung im Staat Stellung bezieht.

Das erste Kapitel geht vom 9. November 1932 aus, als in Genf unsere Truppen gegen eine unruhige Volksmenge eingesetzt wurden. Der alte Militär spricht hier die Sprache des erfahrenen Soldaten, der 1918 Entscheidendes geleistet hat.

«Es wäre gerade so falsch im «Ordnungsdienst» auf eine sich bereits zerstreute Menge noch zu feuern, wie es im «Bürgerkrieg» falsch wäre, eine weglaufen wollende bewaffnete Bande nicht gefangen zu nehmen, oder niederzumachen.»

Diese Stilprobe aus den militärischen Darlegungen zeigt den Ton, der dem Zivilisten in ruhigen Zeiten den Schauer über den Rücken jagt, wie es in kriegerischen Zeiten ihm die Sicherheit gibt, daß Ordnung in starken Händen liegt. Die Forderung, zwischen den Aufgaben von Polizei und Militär genau zu unterscheiden, kann nicht scharf genug betont werden.

«Die Truppe darf erst eingesetzt werden, wenn polizeiliche Mittel nicht mehr ausreichen und wenn sie auftritt, darf sie nur militärische Mittel und Methoden anwenden... Die Ereignisse von Genf haben unsere Armee in einem Zustande der Unbereitschaft angetroffen, und das darf sich nicht wiederholen;»

so schließt dieses militär-politische Ordnungskapitel.

«Es geht um nichts anderes als um das Loskommen von den Gedanken der Französischen Revolution und ihren letzten Auswirkungen», lautet nach Sonderegger die Definition des Ideeninhaltes der Frontprogramme. Die übliche Kritik an den Grundergebnissen unserer demokratischen Geschichte ist zu häufig gehört, um hier behandelt zu werden. «Die politische Gleichheit ist wohl verwirklicht, aber nicht die wirtschaftliche», und «so steht denn heute ratlos und ziellos der Ochse am Berg.» Das zu erstrebende Ziel sei «die Ungleichheit ohne Ungerechtigkeit», im Gegensatz zur «Ungleichheit mit Ungerechtigkeit» vor der Französischen Revolution. Sonderegger meint, daß Arbeiter, Liberale, Freimaurer, Konservative nach und nach mit diesen Forderungen einig gehen würden. Den intellektuellen Urheber allen Unheils sieht er nicht im Idealisten

der Französischen Revolution, sondern in dem durch die Gleichheitsidee politisch freigewordenen Juden. Kosmopolit, Materialist oder Jude — Nationalist, Romantiker oder Christ — sind die Gegensatzpaare, um welche Sonderegger die geschichtlichen Daten häuft. Wie immer, wenn man versucht, das komplexe Geschehen auf wenige Linien zu bringen, muß sich richtig Gefühltes mit erstaunlich falsch Geschehenem mengen. Unser militärischer Verfasser kennt trotz aller Einsichten nur die militärische Lösungsform von Schwierigkeiten, und dabei gibt es für die Behandlung der schweren Aufgaben unserer Zeit zwischen den eigenen Volksgenossen nur die **W a f f e n d e s G e i s t e s**, die in nationalen Werkstätten geschmiedet sind. Hier hat jedes Land seine **b e s o n d e r e** Aufgabe.

Ein Führer durch die Anhäufung von kritischen Bemerkungen wollen wir nicht sein, da sie nicht alle unbedingt originell sind. «Die Presse bedarf der Aufsicht» ist ein Grundgedanke, den er mit harten Worten erläutert. Daß er trotz aller Energie seine Darlegungen mit einem Appell an die Freisinnigen und Freimaurer, sich von den «international Gesinnten und Judendienerischen» (sic) zu trennen, schließt und «die vielen klugen und erfahrenen Leute, die die freisinnige Partei in ihren Reihen zählt, auf das Gebot der Stunde» hinweist, läßt die Hoffnung offen, daß eines Tages auch Oberst Sonderegger den Unterschied zwischen dem Zustand, in dem das Militär regiert, und dem, in welchem die bürgerliche Verfassung die Richtlinien gibt, einsieht. Die von ihm vorgeschlagene Revision der Bundesverfassung hat — in Auswahl — folgende Ziele:

Unparlamentarische Regierung, Gesetzgebung durch die Bundesregierung; wichtige Gesetze der Volkswahl unterworfen, übrige dem Referendum. Zahl der Regierungsmänner zwischen 10 und 20, mehrjährige Amtsdauer vom Volk zu wählen. Beratende Bundesversammlung zerfällt in eine politische und eine wirtschaftliche Abteilung; — gewählt teils durch das Volk, teils durch die Kantonsregierungen, Berufsverbände, Bundesregierung. Anerkennung freiwillig gebildeter Berufsverbände als Standesvertretung, Zusammenarbeit der Standesvertretung mit der Bundesregierung. Alljährliche Erhebung einer von den Steuern getrennt zu haltenden Wohlfahrtsabgabe. Verbot der Einbürgerung von Angehörigen der jüdischen Rasse usw. —

Mit «Hand ans Werk! es ist allerhöchste Zeit!» schließt Oberst Sonderegger seine Darlegungen, und wir sind überzeugt, daß trotz der rauhen Sprache er nicht die Hand ausschlagen wird, die ihm von Manchen, die ans Werk gehen wollen, geboten wird, auch wenn ein anderer als der von ihm vorgeschlagene Weg beschritten werden wird.

*

Aus einem andern Winkel des Schweizerlandes und aus einer andern Geistesverfassung kommt E r n e s t B o v e t , dem Ordnung im Staat durch «Die neue Ordnung» (Kommissionsverlag Rascher & Co. A. G. Zürich) allein gesichert erscheint. Für Bovet darf kein Staat eine isolierte Existenz führen, sondern die Zusammenfassung der Staaten und Völker ist für ihn die Voraussetzung der Erfüllung eines immanenten höheren Zweckes. Als Warnung an den Völkerbund, vor der vierzehnten ordentlichen Völkerbundstagung erlassen, erhebt sich der Ton des Vorgebrachten ins Predigerliche.

«Die Gleichgültigkeit und die Unwissenheit so vieler Leute dem Völkerbund gegenüber empört mich nicht mehr so wie früher. Die einzige Frage ist die: Finden wir eine Elite, die durchhält bis zum Schluß? Sie ist es, die aus dieser «Krise» einen großen Sieg machen kann.»

Bovet betrachtet wie Sonderegger die Errungenschaften der Französischen Revolution kritisch. Aber seine Sonde geht dem Malaise noch tiefer nach. Er unterzieht das menschliche Herz, auch wenn es einem Vertreter der «ältesten Demokratie» gehört, ernster Prüfung, bis er die Wurzel politischer Verkalkung im Ungenügen der menschlichen Seele festgestellt hat. — Die in Vindonissa vom Bundesrat Minger verlangten hundert Millionen schmerzen ihn, weil sie im Namen der «Erneuerung des Geistes» gefordert wurden; es sei «eine Verwirrung der Werte.» Er fordert: klare Erkennung der Unterschiede, Ablehnung des Gleichheitsprinzipes, wo es praktisch sich selbst widerlegt, also Einschränkung des allgemeinen Stimmrechtes; dafür Weiterentwicklung von Referendum und Initiative und Schaffung einer o r g a n i s i e r t e n öffentlichen Meinung als demokratische Kontrolle. — Während Bovet mit Sonderegger ähnliche, ja gleiche Wege zieht, sofern es sich um soziale Erneuerung im weitern Sinne handelt, trennen sich die beiden schließlich doch, weil sie verschiedenen Welten angehören. Bovet entsteht alle Ordnung aus dem Frieden, der von wahren Menschen erstritten werden wird, weil er erstritten werden muß; Sonderegger sieht die Ordnung aus der Macht erwachsen, die von dieser Welt ist und militärischen Charakter hat. Alexander Vinet ist Bovets Kronzeuge und mit seinen Worten schließt er: «Die Größe der Menschen und der Völker mißt sich an der Größe ihres Glaubens.»

*

Gewerkschaftliche Seite gab Prof. F. Marbach die Anregung zur Publikation einer Studie über das Problem der «Frontischen Erneuerung» im Verhältnis zur Lohnarbeiterschaft. Und die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, das Organ des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes hat die Schrift: «Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, zur politischen und geistigen Lage der Schweiz» (Verlag A. Francke A. G. Bern) als Sonderbeilage gebracht.

Die Behauptung, daß «die Gewerkschaft einer der positivsten Faktoren der modernen Kultur» sei, charakterisiert den Verfasser.

«Gegen die Gewerkschafts-Institution, gegen dieses schöne und mächtige Gebilde menschlicher Solidarität, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, wenden sich heute — mit der Absicht der Zerstörung — gewisse Fronten und Bünde.»

Für Marbach ist Gewerkschaft der Deich «zwischen dem Festland der Ordnung und dem Meer sozialen Unrechts»; Gewerkschaft und Existenz des Vaterlandes sind für ihn eins. — Mittelstand und Landwirtschaft unterliegen im Anschluß an die Gewerkschaft einer Betrachtung, die zeigt, daß weitgehende Einsicht in die historischen, dogmatischen und praktischen Fragen vorhanden ist und es wird daher Jedem, der die Angestellten-Fragen, Handwerker-Sorgen, Entschuldung der Landwirtschaft, studieren will, nichts schaden, die Winke eines Sozialisten kennenzulernen. —

Wenn man die Arbeit Marbachs nach der politischen Seite hin untersucht, muß vor allem hervorgehoben werden, daß der Verfasser nach seinen eigenen Worten eine «ökonomisch-idealistische» Weltanschauung vertritt im Gegensatz zur «ökonomisch-materialistischen». Diese Subtilität macht sich mit zunehmender Annäherung an die Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme als Nebelstreifen bemerkbar, der den Ausblick auf das freie Gelände stört. Aus der heroisierenden Schilderung des Gewerkschaftswesens spricht eine Ferne gegenüber dem Tagesgeschehen, die den Verfasser zu einem Einzelgänger, neben dem Heerhaufen seiner Partei, stempelt. Marx wird von ihm als ein Idealist geschildert und es wird dabei vergessen, daß er nicht als Biograph, sondern als Politiker den Namen verwendet. Er schließt auch offenbar bewußt die Augen vor all den über die Welt gegangenen Wirren, deren Ursprung von Freunden und Gegnern auf den «Marxismus» zurückgeführt wird. Der marxistische Geist, als eine dem neunzehnten Jahrhundert entsprungene Denkform, hat die Gewerkschaft im Kampf um eine

Klassenherrschaft schon Entscheidungen treffen lassen, der jedes Zusammengehörigkeitsgefühl für Volksgemeinschaft abgeht. Das Werben um den Mittelstand, das Kämpfen gegen das Bankkapital und für das Sparkapital, in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Entschuldungsaktion und schließlich das Eintreten für die Vaterlandsverteidigung aus reinem Schutzgedanken für das sozialistische System, können den ungewerkschaftlichen Leser niemals befriedigen. Eine Furcht vor «faschistisch-korporativer Regelung» führt den Verfasser zur Folgerung: «Industrie und Handel sollen ihren Handels- und Industrieverein haben (sic), die Bauern den Schweizerischen Bauernverband, das Gewerbe den Schweizerischen Gewerbeverband und die beruflich organisierten Arbeiter den Schweizerischen Gewerkschaftsbund.» Hier scheint die ökonomisch-idealistische Weltanschauung einem Opportunismus zu verfallen, der sich sogar zu der Formulierung versteigt: «Heute ist es leider so, daß die französische Armee eine der letzten wirklich mit Macht ausgerüsteten Kulturgarantien darstellt.» (!) — Die Hervorhebung der Priorität des «Guten» gegenüber dem «Großen» als christliche und sozialistische Auffassung bildet den Schluß dieser Broschüre, deren Inhalt Eindeutiges und Vieldeutiges bietet, und eine Einstellung zu politischen Problemen verrät, der man bei aller Würdigung objektiven Strebens das Beiwort «machiavellistisch» nicht vorenthalten kann.

*

«Die Schweiz, ein nationales Jahrbuch 1934», herausgegeben von der Neuen Helvetischen Gesellschaft (Eugen Rentsch, Verlag, Erlenbach-Zürich) tritt zum fünftenmal vor alte und neue Freunde. Der Umfang ist kleiner geworden, der Preis billiger und der Deckel weicher — Erscheinungen der Zeit; der Inhalt ist von gewohntem Reichtum, diesmal mit Aufsätzen auch in französischer Sprache.

Gottfried Bohnenblust gibt unter dem Thema: vom «Adel des Geistes» den Auftakt zu einer ungewöhnlichen Folge wertvoller Beiträge.

«Das Fronten-Problem» von Dr. Hermann Büchi, Basel, wird auch von denen gerne gelesen werden, die den Verfasser über die Frontenfrage haben reden hören. Sein Schlußsatz ist dazu ange-

tan, jeden Einzelnen vor letzte Fragen des politischen Lebens zu stellen:

«Wenn sich der Glaube an die mystische Kraft der Diktatur zur Überwindung von Krise und Not, die Idee der persönlichen Führerschaft als stärker erweist, als die Überzeugung vom dauernden Wert unserer freiheitlichen und demokratischen Institutionen — dann treten Kräfte an, über deren Auswirkung keine Prognose gestellt werden kann.»

Professor William E. Rappard gibt in «Les finances publiques de la Confédération suisse» eine Übersicht über unsere finanzielle Lage und fügt ihr fünf Tabellen bei, die eine den meisten Schweizern fehlende optische Vorstellung unserer finanziellen Kraft und unserer Verschuldung gewähren. Er schreibt:

«Il paraît très probable que la Suisse soit à la veille d'une crise financière sans précédent dans les annales fédérales... Puisse notre peuple trouver dans ses meilleures traditions nationales la force d'âme et la discipline civique pour la surmonter victorieusement. Le salut du pays et le bon renom de la démocratie helvétique sont à ce prix.»

Daß Nationalrat A. Oeri, Basel, auch dieses Jahr den Freunden der Neuen Helvetischen Gesellschaft etwas zu sagen hat und diesmal besonders seinen Einblick in den Bundesbetrieb dazu benützt, um in einem Aufsatz «Verfassung und Notrecht» dem, den es angeht, offene Wahrheiten zu vermitteln, ist ein erfreulicher Beweis für die Tatsache, daß das Helvetische Jahrbuch eine Notwendigkeit geworden ist. Revision der Bundesverfassung als einziger anständiger Weg, um wieder auf einen dem schweizerischen Wesen entsprechenden legalen Boden zu kommen — «nach der Verschlafenheit unserer obersten Instanzen während der Krisenjahre», ist Oeris grundsätzliche Forderung.

«Irgendwie sollte dafür gesorgt werden, daß die eidgenössischen Räte in Notzeiten nie mehr vor die Wahl zwischen dem Risiko der Verfassungsverletzung und dem der Passivität gegenüber der Landesnot gestellt werden.»

«Das schweizerische Wirtschaftsschicksal» von Dr. Paul Gyga könnte man als Sammeltitle für die weiteren Beiträge: «Schweizerische Arbeitsmarktpolitik» (mit unentbehrlichem und ausgezeichnet gedeutetem Zahlenmaterial), von Friedrich Bernet, «Wirtschaftsrat und Wirtschaftsamt», von Dr. Paul Stein und «Organisationismus oder Ordnung», von Dr. Jakob Lorenz, nehmen. Die letztere Arbeit zeigt den Gedankengang des umstrittenen Publizisten am besten in seinem Schema, das er selbst «Geist» und «Form» nennt.

G e i s t	F o r m
Gebundene Weltauffassung des Mittelalters	Territorialwirtschaft, Zunftwesen
Individualismus	Konkurrenzkampf, Freihandel, Weltmarktwirtschaft
Entwicklung einer Gruppensolidarität	Rückbildung der Weltmarktwirtschaft Organisationismus
Entwicklung zu volkmäßiger Solidarität	Organisation der Volkswirtschaften (Korporationismus), Ausbau weltwirtschaftlicher Beziehungen auf neuen Grundlagen

Daß der «Geist» auf dem Wege zur «volkmäßigen Solidarität» die Form korporativer Organisation annehmen werde, gehört zu den **Doktrinen**, die trotz einer gewissen Zwangsläufigkeit unseres Denkens, so schnell als möglich mit dem praktischen Leben und seiner Vielgestaltigkeit in Berührung gebracht werden müssen. Dieser «**P r a x i s**» wollen wir gerade in der Schweiz, trotz ihres liberalen Beigeschmacks das entscheidende Wort überlassen, damit wir nicht «den Ausbau weltwirtschaftlicher Beziehungen auf neuen Grundlagen» vor lauter **K o n s t r u k t i o n i s m u s** versäumen.

Mit einer Studie, der weite Verbreitung auch im Ausland zu wünschen wäre, behandelt der Präsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft, **J e a n d e l a H a r p e**, Neuchâtel, «La politique extérieure des petits Etats neutres de l'Europe.» Wem die unsagbar schwierige Stellung der Schweiz im Geflecht der Mächte nicht bekannt war, beeile sich, eine wesentliche Lücke in seinem Wissen auszufüllen. De la Harpe sieht die Stärke des Kleinen vor allem auch in der Möglichkeit schwierigste Probleme **r i c h t i g** zu behandeln: «il faut surtout, en tout cela, du tact et de l'énergie».

Über die Wandlungen der Einstellung weiterer Volkskreise zur Armee spricht sich Oberst-Korpskommandant **U l r i c h W i l l e** unter dem Titel: «Stellung und Ehre der Armee» aus. Der den Inhalt verkörpernde Satz: «Die Fahne der Eidgenossenschaft ist auch die Fahne der Armee» ist verwurzelt in Tradition und Dogma unseres Landes und wird seine Geltung auch in der Entwicklung behalten.

Das Kernstück des Jahrbuches 1934 ist ein reichlich vierzig Seiten starker Aufsatz von Prof. **E m i l D ü r r**, Basel, über «Urbanität und Bauerntum in der Schweiz, ihr Verhältnis von 1798 bis heute, ein Versuch und eine Skizze.» «Ich könnte sagen, daß ich hier dem Schicksal unserer ursprünglichen Art-Gebundenheit im Bann

des uns beschiedenen historischen Gesamterlebnisses nachgehe, es begreifen und darzustellen v e r s u c h e n will,» so steht es in der Einleitung und dann geht es im breiten und tiefen Strom von Erforschem und Erfahrenem dahin. Die Grundlagen des Schweizerischen So-Seins werden aufgedeckt und die ungewöhnliche Erdgebundenheit dieser Art steigt aus dem geschichtlichen Ablauf so zwingend, dass die Bauernbewegung unserer Tage alle Schrecken des Ungewohnten verliert. Der Leser kommt ins Monologisieren, wenn er dieses Fluten und Ebben der Landesströme seines Erbgutes — Land — Stadt — Land — zu erkennen beginnt. Urbanität war uns immer ein Begriff, daß aber ein Schicksal darin ruht, werden Wenige empfunden haben. — Wir haben einen Wunsch an den Verfasser, es möge aus «Versuch und Skizze» das Werk werden, das einer Geschichte des schweizerischen Menschen den bisher fehlenden soziologischen Unterbau lieferte, wie er ihn in den folgenden Sätzen angedeutet hat:

«Gegenüber der notorischen Ungewißheit in der Rassenfrage der Schweiz muß mit allem Nachdruck auf die zivilisatorische Kraft und auf das historische Erlebnis als nationenbildendes Vermögen hingewiesen werden. Diese gewähren erhebliche Gewißheit. Als zivilisatorische Komponenten sind zu verstehen: die ursprüngliche und vorwiegend säkulare Artung, das Bauerntum, und die ebenfalls säkular wirkende Gemeinschaft im Geistigen, die Kulturgemeinschaft (mit den Deutschen, Franzosen, Italienern). Das historische Erlebnis als säkular formende geschichtliche Kraft setzt dreifach an: Zunächst als Austrag der binnenstaatlichen Spannungen und Mächte; das Ergebnis ist Ausgleich und Einheit. Ferner als staatlich-politische Verrechnung nach außen; das heißt: andere Wege gehen, anders werden, heißt Trennung. Schließlich die dritte Kraft: die politische Lebensform, die lebendige staatlich-gesellschaftliche Dauerexistenz; das ist für uns die Demokratie.»

Wenn wir mit Prof. Dürr in der Demokratie unsere politische Lebensform erkennen, haben wir den Boden gefunden, auf dem nicht nur ein Bovet und ein Sonderegger ihr Antipodentum beweisen können, auf dem überhaupt ein Lebenszug unseres Volkes nach freier politischer Meinungsäußerung jeder Zeit in Erscheinung treten darf. — Am Leser liegt es, den Schreiber zu kontrollieren, damit aus gedruckter Kritik lebendige Politik werde.